

Verantwortliche Redakteure. Für den politischen Teil: C. Jonsane, für Feuilleton und Vermischtes: J. Steinbach, für den übrigen redakt. Teil: J. Kafffeld, hauptfächlich in Posen.

Posener Zeitung

Achtundneunzigster

Jahrgang.

werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei Hll. Ad. Schleb, Postf., Gr. Gerber- u. Breiteit.-Gde, Otto Kiehl, in Firma J. Reumann, Wilhelmstraße 8, in Gnesen bei S. Chraplewski, in Meseritz bei P. Kallbas, in Breschen bei J. Jadesohn u. b. d. Inzerat-Annahmestellen von G. J. Paube & Co., Saufenstein & Fagler, Rudolf Hofe und „Invalidentank“.

Ar. 39

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich zwei Mal, an den auf die Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Buchhändler der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reichs an.

Freitag, 16. Januar.

1891

Kaufleute, die schmerzhafteste Zeitungs- oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle einprägen lassen, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 6 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen

Amtliches.

Berlin, 15. Januar. Der König hat dem Direktor des Astrophysikalischen Observatoriums bei Potsdam, Professor Dr. Vogel den Charakter als Geheimer Regierungsrath verliehen und den bisherigen außerordentlichen Professor an der Universität Marburg Dr. theol. Mürtz zum ordentlichen Professor in der theologischen Fakultät derselben Universität ernannt.

Deutschland.

Berlin, 15. Jan. Aus den Verhandlungen des Reichstages über die Getreidezölle wird nachträglich eine Thatsache von schutzöllnerischer Seite aufgegriffen, um die Getreidezollgegner vermeintlich ad absurdum zu führen. Der Abg. Buhl nämlich, der sich diesmal bestimmt für die Aufrechthaltung der Getreidezölle und der gegenwärtigen Zollsätze aussprach, habe früher dem Flügel seiner Partei angehört, der die Getreidezölle verwarf, er habe sich also befehrt, und zwar, weil ihn die wirtschaftlichen Thatsachen eines Anderen belehrt hätten. Herr Buhl hat sich nun bei seinen Ausführungen besonders auf die Lage der Landwirtschaft im Großherzogthum Baden bezogen. Er sagte, daß dort einzelne Gemeinden Getreide in dem und dem Betrage verkaufen, also von den Getreidezöllen Nutzen haben und hohe Getreidezölle wünschen. Wenn diese Angabe, die ausdrücklich nur von einzelnen Gemeinden spricht, etwas beweisen soll, so muß zunächst mitgetheilt werden, welcher Betrieb der landwirtschaftlichen Produktion in diesen Gemeinden vorherrscht, ob Großgrundbesitz, mittlerer oder Kleinbetrieb dort überwiegen. Der Großgrundbesitz hat von den Getreidezöllen immer Vortheil, der mittlere Besitzer hat ihn manchmal auch noch, der kleine Bauer hat ihn nie, da er kaum Getreide verkauft und selbst für einen etwaigen kleinen Mehrlös in Folge des Zolles eine Entschädigung in Gestalt der Vertheuerung der erforderlichen landwirtschaftlichen Geräthe zahlen muß. An den beiden Thatsachen, daß erstens der Bauer (und die große Mehrzahl der Landwirthe sind Bauern) durch die Getreidezölle Schaden oder mindestens keinen Nutzen erleidet, und daß zweitens die vielfach erhoffte Erhöhung der Löhne ländlicher Arbeiter in Folge der Zölle ausgeblieben ist, muß die Sache der Getreidezoll-Freunde logisch scheitern. Ob sie auch praktisch scheitert, das ist eine ganz andere Frage, die sich nach den Machtverhältnissen beantwortet, und deren Bejahung allerdings so gut wie gewiß ist. Gegenwärtig wächst die Gegnerschaft gegen die Getreide- und Lebensmittelszölle, und wenn die Organe des Schutzzolls sich auf den Meinungswechsel des Abg. Buhl, also einer einzelnen Person, berufen, so können wir ihnen dagegen andererseits versichern, daß in der nationalliberalen Partei im Ganzen die Abneigung gegen die Getreidezölle schärfer und allgemeiner geworden ist. Thatsächlich fühlen die Agrarier immer mehr die Schwäche ihrer Sache, und sie greifen schon zu Mitteln, die wahrhaftig nicht mehr schön sind. So hat sich Herr v. Kardorff eine Bauernpetition aus Dels schicken lassen, die man mit dem größten Besremden lesen muß. Vielleicht weiß Herr v. Kardorff zufällig, wer diese Petition verfaßt hat. Ein sonderbarer „Bauer“ jedenfalls ist uns noch nicht vorgekommen. Die Petition erklärt am Schluß: „So lange der Bauer seine Scholle trage, werde er der zähfeste und widerstandsfähigste Gegner der Sozialdemokratie sein, und so lange man seine Existenz schütze, werde es noch mit der Eroberung des platten Landes durch die Sozialdemokratie gute Weile haben. Erst dann werde auch der Bauer ihr in die Arme getrieben, wenn er, mangels Schutz seiner Produktion vor der ausländischen Konkurrenz, erdrückt und ausgeraubt, nur noch das einzige Interesse habe, um jeden Preis den gegenwärtigen Staat und seine Politik zu stürzen, die ihn zu Grunde gerichtet.“ Eine nette Drohung!

Donnerstag Vormittag arbeitete der Kaiser mit dem Kriegsminister v. Kaltenborn-Stachau und später mit dem Chef des Militärkabinetts von Hahnke. Am Abend gedachte der Kaiser beim Kriegsminister zum Mittagmahl zu erscheinen.

Der Ausschuß des Bundesraths hat nunmehr den Staatssekretär v. Dchlschlager für die Stelle als Präsident des Reichsgerichts definitiv in Vorschlag gebracht. Unzweifelhaft ist diesem Vorschlag, wie schon von uns hervorgehoben, eine Verständigung der maßgebenden Regierungen vorausgegangen.

Der Präsident des Oberkirchenraths Dr. Hermes hat, wie bereits telegraphisch mitgetheilt, der „Kreuz-Ztg.“ zufolge sein Abschiedsgesuch eingereicht. Dr. Hermes, so schreibt die „Kreuz-Ztg.“, vollende in diesen Tagen sein 65. Lebensjahr. — Merkwürdig, meint dazu die „Frl. Z.“, daß die hohen geistlichen Würdenträger der Orthodorie die Würde des Alters gerade jetzt und gleichzeitig

empfinden, Konsistorialpräsident Hegel als ein hoher Siebziger, Präsident Dr. Hermes schon als Fünfundsechzigler.

Die Verhandlungen, mit denen der Reichstag seine Beratungen wieder aufnahm, so schreibt die nationalliberale „Magd. Ztg.“, haben deutlicher noch als die in den letzten Tagen besprochenen Zeichen dargethan, daß die schutzöllnerische Bewegung ihren Höhepunkt überschritten hat. Der Reichskanzler hat nicht nur der Hoffnung auf ein befriedigendes Ergebnis der jetzt mit Oesterreich-Ungarn eingeleiteten Verhandlungen in bestimmter Weise Ausdruck gegeben, sondern auch hinzugefügt, daß den Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn ähnliche mit anderen Staaten folgen werden. Aus diesen Erklärungen ergibt sich, auf welchem Wege die Reichsregierung die Erleichterung der Volksernährung, die, wie Herr v. Caprivi hervorhob, der Regierung nicht minder am Herzen liege als den Parteien im Hause, zu verwirklichen gedenkt.

Bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses war von vornherein nicht zu erwarten, daß der aus einem engherzig konfessionellen Geiste geborene und der Geistlichkeit zu den bisherigen Rechten auf die Schule neue weitgehende Befugnisse einräumende Schulgesetzentwurf in der Kommission irgend eine wesentliche Verbesserung erfahren würde. Die bisherigen Beschlüsse rechtfertigen diese Befürchtungen leider. Insbesondere hat der § 17 des Entwurfs, der die Hauptbestimmungen über das Verhältnis der Geistlichkeit zur Schule enthält, mehrere Verschärfungen erhalten, wenn auch die maßlosen Forderungen Windthorst's abgelehnt sind. Am schmerzlichsten wird es, schreibt das „B. L.“, in der Lehrerschaft empfunden werden, daß die Kommission sich der Hauptforderung, welche im Schulinteresse dem Paragraphen gegenüber geltend gemacht worden ist, den Geistlichen keine direkten Inspektionsrechte („sachliche Berichtung“) zuzugestehen, nicht angeschlossen hat. Diese Bestimmung, falls sie Gesetzeskraft erlangt, wird in erster Linie dazu beitragen, daß es zu einem Frieden zwischen der Kirche und der Schule nicht kommt. Schon rein taktisch ist diese Bestimmung ein großer Fehler; sie wird nicht ausreichen, der aufstrebenden Schule kirchliche Fesseln anzulegen, wird vielmehr einen für beide Theile verderblichen Guerillakrieg im ganzen Lande hervorrufen. Zu einer kleinen Verbesserung des § 17 hat ein Antrag des freisinnigen Abgeordneten Knörcke die Kommission vermocht. Die Bestimmung, daß der Geistliche bei der Feststellung der Entlassungszeugnisse in der Religion mitzuwirken hat, ist gestrichen. So wird wenigstens den Lehrern die Demüthigung erspart bleiben, bei der Beurtheilung ihrer Schüler eine Person zu befragen, die niemals an der Unterrichtsvertheilung direkt theilhaftig war. Der Wunsch der Lehrerschaft, von dem jetzigen Schulgesetzentwurf noch recht lange verschont zu bleiben, wird nach den bisherigen Kommissionsverhandlungen nur noch lebhafter werden.

Dem „Reichsanzeiger“ entnehmen wir in Ergänzung unseres gestrigen Privattelegramms:

Die Handweber im schlesischen Culengebirge haben sich im April und Mai v. J. an den Kaiser mit Immediat-Eingaben gewandt, in welchen ihre bedrängte Lage geschildert und um Abhilfe gebeten war. Die durch den Handelsminister angeordneten Erhebungen haben dargethan, daß zwar ein akuter, außerordentliche Maßnahmen erheischender Nothstand nicht vorliegt, daß die Erwerbsverhältnisse der Handweber aber seit Jahrzehnten höchst dürftig sind und zur Deckung des künftigen Lebensunterhaltes nur nothdürftig ausreichen. Die Ursachen dieser bedrängten Lage der Handweber liegen einerseits in der übermächtigen Konkurrenz der mechanischen Weberei und andererseits in dem überaus zähen Festhalten der Webbevölkerung an ihrem überkommenen Beruf. Alle bereits unternommenen Versuche, die Handweber oder ihre Kinder zu anderen Erwerbszweigen, zur Landwirtschaft, zum Bergbau, zum Handwerk oder zur Großindustrie überzuführen, sind bisher an dem Widerwillen der Weberei gescheitert. Sie ziehen es vor, bei ihrer eine freie Bewegung gestattenden Hausindustrie ein kümmerliches Dasein zu fristen, als sich der strafferen Arbeitsordnung in einem anderen Erwerbszweige zu unterwerfen. Die von einigen Zeitungen verbreitete Nachricht, daß die Immediat-Eingabe der schlesischen Weberei nicht zur Kenntniß des Kaisers gelangt sei, entbehrt der Begründung. Der Kaiser hat vielmehr aus Anlaß der Eingabe die lebhafteste Theilnahme an der mitleidigen Lage der Weberei im Culengebirge bekundet und eine eingehende Erörterung derjenigen Maßnahmen befohlen, welche zur Verbesserung dieser Verhältnisse geeignet sind. Sowohl im Sommer als auch im Dezember vorigen Jahres haben demzufolge gründliche Beratungen und Untersuchungen seitens der Provinzialbehörden stattgefunden. Es liegt auf der Hand, daß derartige Nebelstände nicht sofort durch staatliche Anordnungen zu beseitigen sind und daß die schwierige Aufgabe, eine zwar fleißige und gutartige, durch lange Gewohnheit und Entbehrung aber in ihrer Energie und Selbsthilfe erschöpfte hausindustrielle Bevölkerung allmählich zu anderen Erwerbszweigen überzuführen, nur in einem längeren Zeitraum gelöst werden kann.

Ein anderes Lied singen die Konservativen bei den Wahlen, ein anderes in der Landgemeindefunktion. Es finden gegenwärtig Wahlmänner Ergänzungsahlen in Glogau-Lüben statt. Ausdrücklich heißt es dort in dem Wahlaufruf des „deutschnationalen Vereins“: Wir

werden wie bisher immer mit der Regierung gehen, weil unser Grundfals nicht auf Zerstückung des Staates, sondern auf Erhaltung und Befestigung der Monarchie und Verfassung z. gerichtet sind. „Das kann selbstredend auch nur das Ziel der Regierung sein, und deshalb werden alle konservativen, d. h. solchen Staat erhaltenden Wähler in diesem Sinne auch fernerhin — trotz aller Gegenreden — mit der Regierung gehen!“ Darum sollen alle Männer von „Regierungs- und Volks-treuer Gesinnung“ nur konservative Wahlmänner wählen.

Für die Witzmanntruppe ist nach der „Ostb. Volkszeitung“ bei den Zahlmeisteraspiranten verschiedener Truppentheile nach freiwilligen Meldungen angefragt worden. An Gehalt seien 300 bis 4800 M. pro Jahr festgesetzt worden.

Parlamentarische Nachrichten.

Die Einkommensteuerkommission hat die zweite Lesung begonnen und die Privilegien der Reichsunmittelbaren nach den in Gemäßheit der Anträge der Zentrumspartei bei der ersten Beratung gefaßten Beschlüssen mit 15 gegen 11 Stimmen aufrecht erhalten. (!)

Das Kochsche Heilverfahren.

Robert Koch veröffentlicht in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“, wie schon telegraphisch gemeldet, einen weiteren Artikel, in welchem er zum ersten Male den Schleier seines Geheimnisses lüftet. Zunächst konstatiert der Forscher, daß durch die Versuche der Aerzte seine Angaben im Großen und Ganzen volle Bestätigung gefunden haben. Das gelte sowohl in Bezug auf die diagnostische Bedeutung des Mittels, wie hinsichtlich der Heilwirkung. Abgesehen von mehr oder weniger weitgehender Besserung bei vielen Kranken, soll, wie Koch berichtet wurde, in nicht wenigen Fällen selbst Heilung erzielt sein.

„Nur ganz vereinzelt wird behauptet, daß das Mittel nicht allein bei zu weit vorgeschrittenen Fällen gefährlich werden könne, was man ohne Weiteres zugeben wird, sondern daß es den tuberkulösen Prozeß geradezu befördere, also an und für sich schädlich sei. Ich selbst habe bei 1 1/2 Monaten Gelegenheit gehabt, an etwa 150 Kranken mit Tuberkulose der verschiedensten Art im städtischen Krankenhaus zu Moabit weitere Erfahrungen zu sammeln, und kann nur sagen, daß Alles, was ich in letzter Zeit gesehen habe, mit meinen früheren Beobachtungen im Einklang steht, und daß ich an dem, was ich früher berichtete, nichts zu ändern habe.“

Prof. Koch begründet dann, weshalb er den Zeitpunkt jetzt für gekommen erachte, über das Mittel Aufklärungen zu geben: „Nachdem die Nachprüfung, wie mir scheint, in hinreichendem Maße stattgefunden und die Bedeutung des Mittels ergeben hat, wird es die nächste Aufgabe sein, das Mittel auch über den bisherigen Bereich der Anwendung hinaus zu studieren und womöglich die Prinzipien, welche der Entdeckung desselben zu Grunde liegen, auch auf andere Krankheiten anzuwenden.“ Ehe Koch auf das Mittel selbst eingeht, hält er es zum besseren Verständnis der Wirkungsweise desselben für geboten, ganz kurz den Weg anzugeben, auf welchem er zur Entdeckung gekommen ist.

Die nun folgenden Auseinandersetzungen sind nur für Aerzte verständlich, wir enthalten uns deshalb der Wiedergabe derselben. — Die bedeutsame Erörterung über das Kochsche Heilverfahren, welche durch Birchows Rede eingeleitet war, vereinigte am Mittwoch in der Berliner Medizinischen Gesellschaft eine Fülle von Aerzten, wie sie selbst in der jüngsten lebhaftesten Zeit noch nicht gesehen worden war. Prof. Birchow demonstrierte anatomisch-pathologische Präparate. Von Bedeutung war ein Satz, den Birchow bei der Demonstration einer Lunge aussprach; in dieser fanden sich dieselben Prozesse wie bei „injicirten Individuen“. „Es ist nun möglich, daß im vorliegenden Falle die Prozesse schon vor der Injektion bestanden haben; demnach würde das Urtheil, das ich in der vorigen Sitzung aussprach, wesentlich gemildert werden; der Prozeß wäre dann nicht abhängig von den Injektionen.“

Aus dem Gerichtssaal.

? Posen, 15. Jan. [Schwurgericht.] Die Strafsache gegen die Diensthfrau Susanna Kern aus Murowana-Goslin wegen Meineides endete mit der Beurtheilung derselben. Die Geschworenen bejahten das Vorhandensein des strafmildernden Umstandes, daß Angeklagte sich durch Befundung der Wahrheit selbst einer strafbaren Handlung bezichtigt haben würde und der Gerichtshof erkannte mit Rücksicht hierauf auf sechs Monate Gefängniß.

Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Lozales.

Posen, den 16. Januar.

u. Witterung. Nachdem wir gestern nur gelindes Frostwetter gehabt hatten, fiel gegen Abend das Quecksilber im Thermometer bei mächtigem Nordost-Winde wieder ziemlich rapide. Heute Morgen hatten wir 11°, Grad C. unter Null. Im Laufe des Vormittags stieg jedoch die Temperatur wieder, und gegen

